

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 80 (1986)
Heft: 11

Artikel: Das Dokument : "Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit und Demokratie" : Erklärung des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten in Managua
Autor: Internationaler Bund Religiöser Sozialisten (I.B.R.S.)
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143298>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

se zu Menschenrechten und Völkerrecht als ideologische Maske missbrauchen, selbst aber alles dem Götzen Kapital opfern? In diesem Sinne ist das, was in diesem kleinen, weit entfernten Land geschieht, auch unsere Sache.

Die Nicaraguaner wollen keine Almosen. Sie leben in der Überzeugung, dass eine jahrhundertelange Ausbeutung endlich überwunden werden kann. Dafür rücken sie eng zusammen, verzichten auf den bei uns üblichen Konsum, lassen zu, dass ihre Söhne in den Krieg ziehen. Da gibt es zwar ein stark reduziertes Angebot in den Läden, aber keinen persön-

lichen Mief, keine resignierte und drogenverseuchte Jugend, der alles egal ist, weil man ja doch nichts ändern kann. Sie kämpfen stellvertretend für alle Ausgenutzten, und sie hoffen vielleicht auch stellvertretend für uns, die wir schon müde und resigniert sind. Sie wissen, wofür sie leben, wofür sie arbeiten und vielleicht sogar, wofür sie sterben.

Im Sandinistenlied, das während den Busfahrten in die Umgebung Managuas immer wieder angestimmt wurde, heisst es: «Unser Volk ist jetzt wieder Herr seiner Geschichte, Architekt seiner Befreiung.» – Nicaragua muss überleben.

DAS DOKUMENT

«Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit und Demokratie»

Erklärung des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten in Managua

Der Internationale Bund Religiöser Sozialisten (I.B.R.S.) hat vom 8.–10. Oktober 1986 in Managua ein Seminar veranstaltet, das sich im besonderen Kontext Zentralamerikas mit dem Thema befasste: «Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit und Demokratie.»

Der Kampf für eine gerechte Gesellschaft als glaubwürdigster Weg, Christus nachzufolgen.

Der I.B.R.S. hat sich zum ersten Mal in seiner Geschichte ausserhalb Europas versammelt, um über die Teilnahme der Christen am Kampf für eine soziale Veränderung nachzudenken. Wir hörten sowohl Zeugnisse aus der Mitte des nicaraguanischen Volkes als auch Vorträge zentralamerikanischer und europäischer Experten auf den Gebieten der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der Theologie und des Völkerrechts.

Wir sehen im Kampf für eine gerechte Gesellschaft den glaubwürdigsten Weg, Jesus Christus heute nachzufolgen. Wir sind Sozialisten, nicht obwohl wir Christen sind, sondern weil wir Christen sind.

Wir sind nach Nicaragua gekommen wegen unserer tiefen Solidarität mit diesem Land und seinem Volk. Wir wissen um die Aggression und die ernsthaften Bedrohungen, die Nicaragua zur Zeit durchleidet. Heute stehen nicht nur die Freiheit und die Selbstbestimmung Nicaraguas auf dem Spiel, sondern auch die Chancen für eine unabhängige Entwicklung in den übrigen Ländern Zentralamerikas.

Eindrückliche Bereitschaft zum Dialog

Trotz der unstabilen und entmutigenden politischen Lage und trotz der heftigen Auseinandersetzungen um Nicaraguas Zukunft fehlt es nicht an Beispielen einer eindrucklichen Bereitschaft zum Dialog. Wir erwähnen nur: den konstruktiven Beitrag Nicaraguas zu den Friedensverhandlungen der Contadora-Staaten, die Bemühungen der nicaraguanischen Regierung, mit der Regierung der Vereinigten Staaten ins bilaterale Gespräch zu kommen, das kürzlich erfolg-

te Treffen zwischen dem Staatspräsidenten und der katholischen Hierarchie, die uneingeschränkte Teilnahme der Basisorganisationen und verschiedener politischer Parteien an der Ausarbeitung einer Verfassung und die Verpflichtung der sandinistischen Revolution auf eine pluralistische Demokratie.

Als Demokraten arbeiten wir für eine Gesellschaft, in der alle Bürger die vollen und gleichen bürgerlichen Rechte geniessen. Wir begrüssen die Bereitschaft der nicaraguanischen Regierung, kritische Meinungen aus dem Ausland anzuhören, obschon das Land das Opfer einer bewaffneten Aggression ist.

Die Lage in Zentralamerika als Teil des globalen Nord-Süd-Konfliktes

Zentralamerika blickt auf eine lange Geschichte der strukturellen Ungerechtigkeit zurück. Heute ist es Schauplatz einer ökonomischen und militärischen Aggression, aber auch eines Informationskrieges der reichen gegen die armen Völker. Wir sind überzeugt, dass die Lage in Zentralamerika als Teil des globalen Konfliktes zwischen den reichen Ländern des Nordens und den armen Ländern des Südens zu sehen ist. Wir lehnen es ab, diesen Konflikt aus der Ost-West-Perspektive zu betrachten.

Wie schon aus der Geschichte hervorgeht, hat die mächtigste Nation der westlichen Hemisphäre keine Achtung vor der Souveränität Nicaraguas und vor seinem Recht, in Frieden zu leben. Die Vereinigten Staaten fahren fort, das Völkerrecht zu verletzen, wenn es ihre eigenen egoistischen Interessen tangiert. Das hat jüngst wieder die Missachtung des Internationalen Gerichtshofs durch die Regierung der Vereinigten Staaten gezeigt. Wir sind bestürzt über die zunehmende Arroganz der Supermächte gegenüber kleinen Nationen und gegenüber den Prinzipien der internationalen Rechtsordnung. Mit grossem Respekt begrüssen wir die Unterstützung einer unabhängigen und freien Entwicklung Nicaraguas durch viele Bürger der Vereinigten Staaten. Mit ihnen zusammen verurteilen wir die Reagan-Administration wegen ihrer Unterstützung der Contra-Söldner, die unschuldige Menschen umbringen und eine friedliche Entwicklung verhindern.

Der einzige Weg zu Frieden und Demokratie in Zentralamerika ist das sofortige Ende dieses Krieges. Hinzu kommen müssen grundlegende Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Nicaragua, in der Entwicklungshilfe, in der Gewährung neuer Darlehen, in den Austauschrelationen zwischen Import- und Exportgütern und in der Neuregelung der Schulden.

Es gibt keinen Frieden und kein wirtschaftliches Wohlergehen ohne substanzielle Abrüstung, ganz besonders bei der nuklearen Bewaffnung und bei der Strategischen Verteidigungsinitiative SDI. Nur durch die Abrüstung werden genügend Ressourcen für den Kampf gegen den Hunger und die Armut frei.

Solidaritätsarbeit gegen diese Bedrohung der ganzen Zivilisation

Wir finden es äusserst wichtig, die verschiedenen Initiativen zu unterstützen, die von den zentralamerikanischen Ländern für die Unabhängigkeit, die wirtschaftliche Integration und den Frieden in der Region ausgehen. Um diese Initiativen und diesen Kampf für Gerechtigkeit und Frieden zu fördern, muss die Zusammenarbeit unter all jenen Kräften ausserhalb der Region verbessert werden, die sich den Nationen Zentralamerikas solidarisch verbunden wissen.

Die Menschen in Europa, in den Vereinigten Staaten und anderswo auf der Welt, die in Kirchen, politischen Parteien und andern Organisationen tätig sind, sollten ihre Solidaritätsarbeit immer mehr und besser koordinieren.

Die schreckliche Bedrohung, unter der heute Zentralamerika im allgemeinen und Nicaragua im besonderen stehen, ist in Wahrheit eine Bedrohung der ganzen Zivilisation. Christen und alle Menschen guten Willens sollten angesichts dieser Gefahr zusammenstehen, vereint durch das gemeinsame Engagement für die Zukunft der Menschheit und des Planeten Erde.

Managua, 10. Oktober 1986

(Aus dem Englischen übersetzt von Yvonne Haerberli)